



Werden das AKW Beznau und Betreiber Axpo zur entscheidenden Belastung für Bundesrätin Doris Leuthard?

Foto: Alessandro Della Bella/Keystone

Gegen AKW – und gegen Wasserkraft

WWF und Co. verzögern die Energiewende mit Beschwerden

Bern Seit knapp zehn Jahren liegt der Plan auf dem Tisch: Der Stromversorger Elektra Baselland will an der Birs bei Zwingen ein Wasserkraftwerk bauen. Ökostrom für 500 Haushalte. Doch das Projekt konnte bis heute nicht realisiert werden. Umweltverbände haben immer wieder Beschwerde gegen den Neubau eingelegt. Sie kritisieren die Auswirkungen auf die Natur und fordern ökologische Ersatzmassnahmen.

So wie in Zwingen blockieren Einsprachen von Umweltorganisationen Dutzende Vorhaben im Bereich erneuerbare Energien. Von Basel bis ins Tessin, von Genf bis Graubünden müssen sich Gerichte mit Projekten zur Stromgewinnung aus Wasserkraft und Windenergie beschäftigen.

Der Widerstand ist oft erfolgreich. Manchmal gar so erfolgreich, dass Neubauten oder Sanierungen ganz aufgegeben werden. Neue Zahlen des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) zeigen: Von 2011 bis 2015 wurden in der Schweiz 28 Beschwerden von Umweltverbänden gegen Ökostromprojekte abgeschlossen. 19 davon wurden ganz oder teilweise gutgeheissen. Das sind fast 70 Prozent.

«Eklatanter Widerspruch», wenn Umweltverbände gegen neue Kraftwerke kämpfen

Am häufigsten opponieren der WWF und Pro Natura. Beide Organisationen waren in rund der Hälfte aller Fälle involviert. Auch beim Neubau an der Birs war es der WWF, der das Bauvorhaben für ein neues Wasserkraftwerk vor Gericht brachte.

Dass sich ausgerechnet zwei Verbände, die an vorderster Front für die Atomausstiegsinitiative der Grünen kämpfen, gegen den Ausbau von erneuerbaren Energien wehren, sorgt bei Atombefürwortern für Unmut. Christian Wasserfallen, FDP-Nationalrat und Co-Präsident des Komitees «Nein zur Ausstiegsinitiative», wirft den Naturschützern vor, mit Einsprachen die Energiewende zu verzögern: «Es kann doch nicht sein, dass die gleichen Kreise, die den Ausstieg aus der Atomenergie fordern, gleichzeitig jahrzehntelang Projekte für erneuerbare Energien blockieren.»

Laut Wasserfallen liegt vor allem in der Wasserkraft ein riesiges Potenzial, das es auszuschöpfen gilt. Da sei es ein «eklatanter Widerspruch», wenn die Umweltverbände neue Kraftwerke verhindern. Er plädiert dafür, dass die Bewilligungsverfahren für Neubauten beschleunigt werden. Denn im Fall einer Annahme der Ausstiegsinitiative müsse die Schweiz massiv mehr Strom aus erneuerbaren Quellen produzieren. «Da können wir uns keine jahrelangen, juristischen Streitereien mehr leisten.»

Die Umweltverbände weisen die Kritik als unsachliche Polemik zurück. «Wir unterstützen den geordneten Atomausstieg und den dafür nötigen Zubau an erneuerbarer Energie», sagt Pro-Natura-Sprecher Roland Schuler. Dieser Zubau müsse aber effizient und naturverträglich sein. Denn erneuerbar sei nicht automatisch ökologisch. «Kleinwasserkraftwerke in den letzten unberührten Bächen bringen wenig Strom, aber viel Schaden für die Natur.»

Auch WWF-Sprecherin Myriam Stucki sagt: «Eine Beschwerde wird nur in den seltensten Fällen erhoben.» Nämlich dann, wenn geltendes Recht verletzt werde. Die hohe Erfolgsquote bei den Urteilen zeige, dass die Einsprachen berechtigt seien.

Gegen jedes zweite Windenergieprojekt werden Beschwerden oder Einsprachen eingereicht

Klar ist: Die vom Bund geplante Energiewende fusst zur Hauptsache auf einem kräftigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 soll auch die durchschnittliche Jahresproduktion von Elektrizität aus Wasserkraft deutlich gesteigert werden. Dafür sollen bestehende Werke saniert und neue gebaut werden.

Doch sowohl Wasserkraftwerke als auch Solaranlagen und Windparks geraten schnell in Konflikt mit anderen Anliegen, allem voran dem Landschaftsschutz. Laut einer Untersuchung des Bundesrates aus dem Jahr 2013 sind Einsprachen ein wichtiger Grund für Verzögerungen. Fast jedes zweite Windenergieprojekt wurden Beschwerden oder Einsprachen eingereicht. Bei den Biomasseprojekten war fast jedes dritte betroffen, bei den Wasserkraftprojekten jedes fünfte.

Während sich bei Biomasse- und Windvorhaben hauptsächlich Anwohner wehren, sind es bei den Wasserkraftprojekten meist die Umweltverbände.

Fabian Eberhard

nahme eines KKW zu erfolgen hat. Eine Kompetenz des UVER, die in der bundesrätlichen Verordnung vorgesehenen Ausserbetriebnahmekriterien zu erweitern, besteht nicht, Art. 3 Ausserbetriebnahme, welcher zusätzlich zu den in der KEV genannten Kriterien ein weiteres Ausserbetriebnahmekriterium aufstellt (Einhaltung von Dosislimiten), ist daher bundesrechtswidrig und nicht anwendbar. Das KKO hat den deterministischen Nachweis unbestrittenemass-

Ausriss aus der Eingabe der Axpo bei der Ensi

Die Axpo wehrt sich gegen die Störfallanalyse

Nach dem Atomunfall von Fukushima musste die Betreiberin Axpo auf Geheiss der Atomaufsichtsbehörde Ensi überprüfen, ob das Atomkraftwerk Beznau einem schweren Erdbeben widerstehen würde. Das Ensi akzeptierte die Störfallanalyse. Es sei keine Freisetzung unzulässiger Mengen von Radioaktivität zu befürchten. Eine Anwohnergruppe, unterstützt von Umweltorganisationen wie Greenpeace, bezweifelte die Analyse. In einem Rechtsverfahren verlangte sie im August letzten Jahres eine Wiederholung der Störfallanalyse unter anderen Voraussetzungen, die Korrektur des Entscheides des Ensi und gegebenenfalls die Abschaltung des Werkes Beznau. In ihrer Antwort pocht die Axpo nun nicht nur auf die Richtigkeit der Störfallanalyse, sondern stellt die Gültigkeit zentraler Teile der sogenannten Ausserbetriebnahme-Verordnung in Abrede. Diese ist aber das zentrale Sicherheitsinstrument in Atomfragen, denn sie regelt «die Methodik und die Randbedingungen zur Überprüfung der Kriterien für die vorläufige Ausserbetriebnahme von Kernkraftwerken».

Sicherheitskonsens ist definitiv aufgebrochen. Das ist krass und ausserordentlich gefährlich.» Und Hans Grunder sinniert: «Es ist beunruhigend, wenn AKW-Betreiber jenes Regelwerk nicht mehr akzeptieren, das sie selbst verlangt haben».

Der Abstimmungskampf wird noch schwieriger für Leuthard

Bisher haben weder das Ensi noch ein Richter entschieden, was gilt. Aber schon zeichnen die Gegner der Kernenergie Unsicherheits-szenarien. Im extremsten Fall gibt ein Richter der Axpo recht, und die Verordnung wird kassiert. Dann herrscht gemäss Nordmann «das Laisser-faire in der Atomindustrie». So oder so sei damit zu rechnen, dass Kraftwerksbetreiber von nun an Auflagen oder gar Schliessungsverfügungen in jahrelangen Prozessen bekämpfen und so ein Sicherheitsvakuum provozieren

würden. Als unsicher geltende Werke würden nicht nachgerüstet oder nicht abgeschaltet werden müssen. «Leuthards Sicherheitskonzept fällt damit in sich zusammen», ist Nordmann überzeugt.

Vorerst aber dürfte das Verhalten der Axpo zu einer Hypothek für Doris Leuthard im Kampf gegen die Atom-Ausstiegsinitiative werden. Die Befürworter wittern bereits ihre Chance. Für Florian Kasser, Kampagnenleiter bei Greenpeace, ist klar: «Energie-ministerin Leuthard argumentiert, die Ausstiegsinitiative sei unnötig, weil die Werke ohnehin nur so lange liefen, wie sie sicher seien. Dieses Argument löst sich aber nun in Luft auf.»

Dieser Vorwurf wiegt schwer. Schon zuvor war Leuthard vorgehalten worden, sie habe es verpasst, griffigere Sicherheitsregeln zu erlassen, obwohl selbst das Ensi diese verlangt habe.

des Atomausstiegs mit der Wahrheit?

verschiedener Exponenten in der «Arena» von SRF

Nach Fukushima hat das Eidgenössische Nuklearinspektorat (Ensi) den Unfallhergang analysiert und Berichte dazu veröffentlicht – unter anderem, was es durch Fukushima für die Sicherheit der Schweizer Werke gelernt hat. Das Ensi schreibt, dass man bei der Analyse auf «keine signifikanten Sicherheitsdefizite» bei Schweizer AKW gestossen sei. Kernkraftwerkunfälle sind grundsätzlich seltene Ereignisse. In den letzten 45 Jahren gab es drei grosse Unfälle mit unterschiedlichen Ursachen. Ein Erdbeben könnte aber auch in der Schweiz eine Gefahr für die AKW sein. Die Aussage ist weder richtig noch falsch, sondern eine politische Wertung.

«Das ist reine Angst-macherei. Fukushima hat nichts mit Schweizer AKW zu tun»

Christian Imark, SVP-Nationalrat SO



Falsch Richtig

Die Nettoverschuldung des grössten der drei Schweizer Energiekonzerne betrug Ende des Jahres 2011 4,7 Milliarden Franken. Bis Mitte 2015 konnte Alpiq den Schuldenberg immerhin auf 1,4 Milliarden abbauen. Die anderen beiden Betreiber, Axpo und BKW, plagen hingegen (noch) keine Schulden. Die Axpo hatte Ende 2015 6 Milliarden auf der hohen Kante. Die BKW erwirtschaftete im Jahr 2015 einen Reingewinn von 284 Millionen Franken. Die Aussage von Beat Jans ist teils zutreffend, teils falsch.

Fiona Endres, Lynn Scheurer, Yannick Wiget, Martin Läubli, Andreas Valda

«Den AKW-Betreibern geht es wirtschaftlich miserabel. Sie sind hoch verschuldet»

Beat Jans, SP-Nationalrat BS



Falsch Richtig